



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

22. März 2022

### **CDU-Juristen und CDU-Polizisten im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland MdEP**

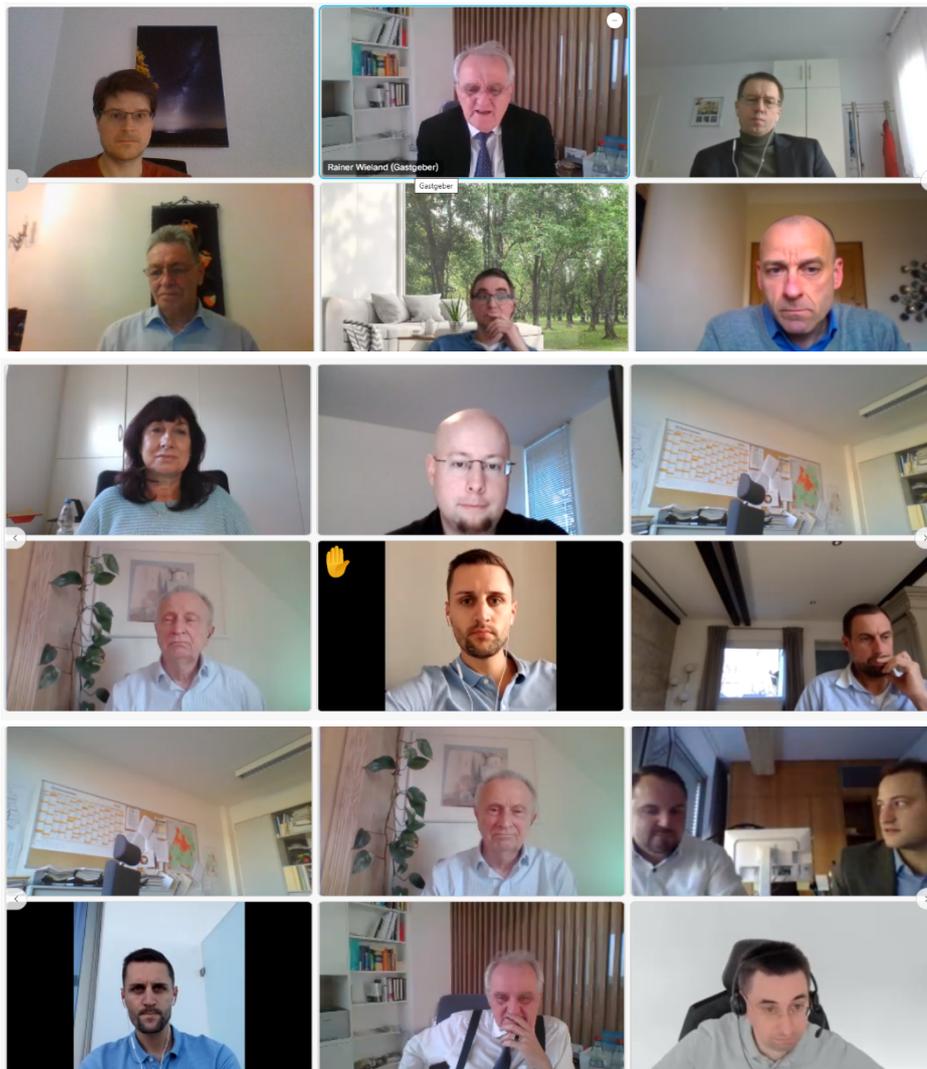
Zwei Landesarbeitskreise der CDU Baden-Württemberg, der Arbeitskreis Polizei und der Arbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) diskutierten mit Rainer Wieland MdEP, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, in einer gemeinsamen Videokonferenz zur aktuellen Situation in der Ukraine und zur Migrationspolitik der Europäischen Union.

Der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter nahm in seiner Begrüßung Bezug auf die aktuelle Situation in der Ukraine und die daraus entstehende Flüchtlingsbewegung. Der Vizepräsident des Europaparlaments und Europaabgeordnete Rainer Wieland ordnete den Konflikt in der Ukraine in einer globalen Situation ein. Es sei viel Vertrauen in Russland verloren gegangen. Die Ukraine produziere nicht nur Nahrungsmittel für 600 Millionen Menschen und sei ein wichtiger Rohstofflieferant, sondern die Ukraine verteidige ein Stück weit auch unsere Lebensweise. Die Konsequenz sei, dass wir die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China und Russland reduzieren müssten.

Der Landesvorsitzende des Arbeitskreises Polizei Rainer Staib betonte die Wichtigkeit, dass Flüchtlinge an der EU-Außengrenze registriert und identifiziert werden müssen. Er wünsche sich auch eine klare Aussage, dass eine Grenze auch kontrollierbar sei. Rainer Wieland forderte den Aufbau eines einheitlichen europäischen Grenzschutzes durch Frontex. Damit wären einheitliche Standards möglich und ein schnelleres, klares und einheitliches Agieren ohne lange Entscheidungswege oder Abstimmungsverfahren. Die Möglichkeit, Flüchtlinge nach Ausweispapieren zu durchsuchen, sah Wieland nicht als den favorisierten Weg an. Lieber solle man Anreize schaffen, dass jemand, der sich ausweist, im ganzen Verfahren immer bessergestellt würde, beispielsweise sich aussuchen dürfe, in welchem Mitgliedsstaat er aufgenommen werden solle. Auch ein Festhalten an der einmal angegebenen Identität helfe, denn so könne nicht nach Belieben die Identität oder das Herkunftsland geändert werden. Schließlich ermunterte Wieland, wir seien nun im Bund in der Opposition. Auf diese

Aufgabe müssten wir uns einstellen und auch mal weitergedachte Ziele benennen und einfordern.

Die beiden Arbeitskreisvorsitzenden, Dr. Alexander Ganter und Rainer Staib, freuten sich über die rege Diskussion auch zur Stärkung des Rechtsstaats in Europa und zur Problematik der Vereinheitlichung europäischer Schulden. Ebenso freuten sie sich auch über die Teilnahme der beiden Landtagsabgeordneten Christian Gehring MdL und Dr. Matthias Miller MdL. Abschließend waren sich die beiden Landesvorsitzenden einig, dass man zukünftig gelegentlich gemeinsame Veranstaltungen anbieten wolle.



*Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.*